



ZUKUNFT GESTALTEN
GRÜN WÄHLEN

WAHLPLATTFORM

2015

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
Wofür wir uns einsetzen: Grüne Lösungen für heute und für morgen	6
1 Die Grünen sind die Partei der Umwelt	6
1.1 Für eine grüne Wirtschaft ohne Abfallberge.....	6
1.2 Für eine klima- und landschaftsschonende Energiewende.....	7
1.3 Für weniger und umweltgerechten Verkehr.....	8
1.4 Für den Schutz der Natur und den Erhalt der Biodiversität	9
2 Die Grünen sind die Partei der Lebensqualität	10
2.1 Für eine konsequente Raumplanung und neue Perspektiven für die Berggebiete	10
2.2 Für lebendige Quartiere und bezahlbare und gesunde Wohnungen in Städten und Agglomerationen	11
2.3 Für gesunde Nahrungsmittel und eine ökologische Landwirtschaft	12
2.4 Für eine starke öffentliche Bildung und die grenzüberschreitende Stärkung von Innovation, Forschung und Kultur	12
3 Die Grünen sind die Partei der Grundrechte und der gesellschaftlich und politisch liberalen Werte.....	13
3.1 Für eine Demokratie ohne Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung	14
3.2 Für die Gleichstellung von Frau und Mann und mehr Gendergerechtigkeit.....	14
3.3 Für konsequenten Datenschutz und digitale Rechte.....	16
3.4 Für eine transparente Demokratie und umfassende Mitspracherechte.....	16
4 Die Grünen sind die Partei der Chancengleichheit und der sozialen Gerechtigkeit.....	17
4.1 Für soziale Sicherheit in allen Lebenslagen und eine moderne Familienpolitik....	17
4.2 Für den breiten Zugang zu Bildung und Ausbildung	18
4.3 Für faire Arbeitsbedingungen und Löhne.....	19
4.4 Für einen starken Service Public und eine gerechte Steuerpolitik.....	20
5 Die Grünen sind die Partei der Offenheit und der Verantwortung ohne Grenzen	21
5.1 Für eine gute Nachbarschaft mit Europa und der Welt.....	21
5.2 Für Friedenspolitik und Abrüstung.....	22
5.3 Für fairen Handel und Rechte ohne Grenzen	23
5.4 Für eine menschenwürdige Migrations- und Asylpolitik.....	23

Einleitung

Am 18. Oktober 2015 finden die nationalen Wahlen statt. Das Ziel ist für uns Grüne ist klar: wir wollen im National- und Ständerat zusätzliche Sitze gewinnen und unseren Einfluss ausbauen. Denn die Schweiz braucht mehr grüne Politik. Grüne Politik für die Umwelt, für eine nachhaltige Wirtschaft und für soziale und weltweite Gerechtigkeit.

Die Grünen sind die fünftstärkste Partei in der Schweiz und haben in ihrer über 30-jährigen Geschichte viel bewegt. Unsere Themen sind mitten in der Gesellschaft angekommen. Was früher utopisch schien, ist heute selbstverständlich: Tempo 30 in Wohnquartieren, eine gentechfreie Landwirtschaft oder die Offenheit für vielfältige Lebens- und Familienformen. Ohne Grüne gäbe es keine Energiewende, keine Mutterschaftsversicherung, kein flexibleres Rentenalter, keine Verkehrsverlagerung. Ohne Grüne wäre die Schweiz mit bewaffneten Missionen in Afghanistan unterwegs und hätte 22 überflüssige Kampfflugzeuge beschafft. Die Grünen haben die Schweiz, wie sie heute ist, als Impulsgeberin und bei politischen Entscheidungen geprägt und voran gebracht. Doch wir wollen uns mit dem Erreichten nicht zufrieden geben. Ohne unsere Hartnäckigkeit bleibt die Schweiz in der Energie- oder der Verkehrspolitik auf halbem Weg stecken. Im Gegensatz zu anderen Parteien stehen wir auch im Gegenwind zu unseren Überzeugungen. So wie die Grünen im Kanton Wallis, die als einzige Partei ein Ja zum neuen Raumplanungsgesetz wagten.

Wohlstand wird heute oft mit Reichtum und unbegrenztem Wachstum verwechselt. Für uns Grüne zählen andere Werte. Wir wollen die knappen Ressourcen auch für die künftigen Generationen sichern. Und wir setzen uns für mehr Lebensqualität im Alltag, für gesunde Lebensmittel und unsere einzigartigen Landschaften ein. Hartnäckig bleiben wir auch an Themen dran, die auf halbem Weg stecken geblieben sind. So wollen wir mit zwei grünen Volksinitiativen den Ausstieg aus der Atomenergie durchsetzen und die Wirtschaft ökologischer machen.

Leider ist die Schweiz mit zwei Geschwindigkeiten unterwegs. Bildungschancen, Löhne, Vermögen und Einfluss sind höchst ungleich verteilt. Heute gibt es zehnmal mehr Lohnmillionäre als 1980, das Vermögen ist in immer weniger Händen konzentriert. Wir Grünen können den sozialen Graben in der Gesellschaft nicht akzeptieren. Wir fordern gerechte Steuern, faire Löhne und tragfähige Sicherungsnetze, so dass alle Menschen in Würde leben können. Und wir wollen auch denen eine Stimme geben, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen.

Die Abstimmung vom 9. Februar 2014 hat die politischen Achsen in der Schweiz verschoben. Eine knappe Mehrheit der Bevölkerung hat sich für den Weg der Unsicherheit und der Isolation entschieden. Der Platz der Schweiz in der Welt wird in der nächsten Legislatur neu verhandelt. Es gibt drei Optionen: Die totale Isolation, die Globalisierung der Profite oder eine faire Zusammenarbeit mit den anderen Staaten. Die Grünen setzen sich für den konstruktiven Weg der Zusammenarbeit ein. Wir wollen faire Spielregeln für die Wirtschaft auf der Basis von Menschen-, Sozial- und Umweltrechten. Nur so können wir die globalen Lebengrundlagen sichern und den Menschen in ihren Herkunftsländern und Regionen eine Perspektive geben.

Nachhaltigkeit bringt nicht nur die globale, sondern auch die lokale Wirtschaft voran. Dank Innovation und intelligenter Technologie können knappe Ressourcen geschont und Abfälle vermieden werden. Viele Grüne arbeiten in eigenen Unternehmen und zeigen auf, dass Umweltschutz, gerechte Löhne und familienfreundliche Arbeitsformen auch wirtschaftlich erfolgreich sind. Solche Unternehmungen schaffen deutlich mehr Wohlstand als die Konzerne, die auf rein quantitatives Wachstum und hohe Gewinne setzen. Statt auf Standort-dumping vertrauen wir auf regionale Wirtschaftskreisläufe und einen sparsamen Umgang mit Rohstoffen und Transporten. Wir wollen unseren Kindern nicht noch mehr Altlasten aufbürden.

Die Grünen sind heute die einzige Partei, die Umweltfragen konsequent mit sozialen Fragen und den liberalen Grundrechten verbindet. Ein Beispiel ist unsere Volksinitiative für nachhaltige Lebensmittel. Die Fair-Food-Initiative will nicht nur gesunde und ökologisch produzierte Lebensmittel auf den Tisch bringen, sondern auch faire Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft stärken. Nicht nur in der Schweiz, sondern auch in den anderen Ländern. So können wir mit unserer Gabel die Welt verändern.

Eine konsequente Politik gedeiht nur in Unabhängigkeit. Wir Grünen lassen uns nicht kaufen von den Lobbies und Banken, welche die Politik in Bern bestimmen. Umso mehr arbeiten wir mit der Bevölkerung, mit den Umweltverbänden, mit Kulturschaffenden und Bewegungen, mit Gewerkschaften und umweltbewussten Firmen zusammen. Uns geht es um die Sache. Deshalb arbeiten wir mit Bündnispartnern zusammen. Die Grünen sind aber auch initiativ- und referendumsfähig und setzen sich in zahlreichen Gemeinden und Kantonen in Parlamenten, Regierungen und Kommissionen für die Anliegen der Bevölkerung ein. Fünfzig Prozent aller Kantonsratsmandate sind in Frauenhänden und mit den jungen grünen zusammen schaffen wir den ständigen Generationenwechsel.

Nach dem Motto „global denken – global handeln“ bringen wir mit den „Global Greens“ und den europäischen Schwesterparteien auch den weltweiten Klimaschutz und die Energie- und Ressourcenwende voran. Gemeinsam kämpfen wir gegen Freihandelsverträge, welche die Menschenrechte, den Tierschutz oder den Service Public auf dem Altar der Profite opfern wollen. Gemeinsam setzen wir uns für steuergerechte Finanz- und Rohstoffmärkte, eine menschliche Asylpolitik und für weltweite Abrüstung ein. Wer grün wählt, wählt ein Netzwerk von engagierten Menschen. Wer grün wählt, wählt eine Schweiz, die Zukunft hat.

Adèle Thorens und Regula Rytz, Co-Präsidentinnen der Grünen Schweiz

Wofür wir uns einsetzen: Grüne Lösungen für heute und für morgen

Die Grünen sind die kompetente und konsequente Umweltpartei. Die Grünen sind aber auch die Partei der liberalen Grundrechte, der Chancengleichheit und der Lebensqualität. Der Erfolg unserer Politik wird sichtbar daran, dass andere sie gerne kopieren. Wir freuen uns über jede Unterstützung und wünschen, dass sie noch stärker wird. Nur so können wir für unsere grüne Wirtschaftsinitiative und den geordneten Atomausstieg im nächsten Jahr eine Mehrheit gewinnen.

Neben einem Ja zu unseren Initiativen wollen wir in der nächsten Legislatur in allen zentralen Bereichen der Politik vorwärts kommen. Die Wahlplattform zeigt, wo wir die Schwerpunkte setzen.

1 Die Grünen sind die Partei der Umwelt

Die Sicherung der Lebensgrundlagen ist die zentrale Aufgabe der grünen Politik. Für den Umstieg auf erneuerbare Energien bis ins Jahr 2050, um die Klimaerwärmung einzudämmen und für eine zukunftsverträgliche Raumplanungs-, Siedlungs- und Verkehrspolitik müssen die Weichen jetzt gestellt werden. Auch die künftigen Generationen sind auf eine intakte Umwelt angewiesen. Es gibt keinen Planeten B. Die grüne Stimme muss deshalb noch stärker werden.

1.1 Für eine grüne Wirtschaft ohne Abfallberge

Natürliche Ressourcen und wertvolle Rohstoffe sind ein knappes Gut. Die Schweiz ist wie kaum ein anderes Land auf Energie- und Werkstoffe sowie auf Nahrungsmittel aus anderen Ländern angewiesen. Kein Wunder, fallen 73 Prozent der Schweizer Umweltbelastung heute im Ausland an. Die Grünen sind überzeugt: Nur mit einer umweltverträglichen Wirtschaft kann die Schweiz langfristig Arbeitsplätze und Wohlstand erhalten. Weitsichtige Unternehmen zeigen heute, dass es auch ohne Verschwendung geht: Durch kluge Planung und intelligente Prozesse werden Natur und Budget geschont. Unsere Volksinitiative „für eine Grüne Wirtschaft“ verhindert Abfallberge und stoppt die Übernutzung der Natur. Sie zeigt, dass der Schutz der Umwelt zu einem Wettbewerbsvorteil werden kann und in der Schweiz vielfältige, dezentrale Arbeitsplätze sichert. Die Grünen sind überzeugt: Wirtschaftswachstum, das auf weiterer Ausbeutung der natürlichen Ressourcen basiert, ist definitiv ein Auslaufmodell.

Was wir in der nächsten Legislatur erreichen wollen:

- Ein Ja in der Volksabstimmung zur Initiative für eine Grüne Wirtschaft welche verlangt, den ökologischen Fussabdruck der Schweiz bis 2050 auf das Mass von einem Planeten zu reduzieren.
- Eine breit abgestützte und griffige Revision des Umweltschutzgesetzes, welche die Ressourceneffizienz von Schweizer Unternehmen erhöht und die Umweltbelastung unserer Konsumprodukte entlang der globalen Wertschöpfungsketten senkt. Dazu gehört die verstärkte Nutzung des Recyclingpotenzials, die Berücksichtigung der Umweltbelastung im Ausland und die Einschränkung besonders umweltschädlicher Rohstoffe wie Holz oder Palmöl aus illegaler Urwaldabholzung.

- Eine Lenkungsabgabe auf natürliche Rohstoffe: Wir setzen uns für eine umfassende ökologische Steuerreform ein, welche nicht nur die Energie, sondern den gesamten ökologischen Fussabdruck berücksichtigt.
- Das Durchsetzen des Verursacherprinzips (Wer verschmutzt bezahlt) in allen Bereichen der Ressourcennutzung und damit die Vermeidung von Abfällen und Altlasten für die nächste Generation.
- Eine vorgezogene nationale Entsorgungsgebühr für Verpackungen, welche an Gemeinden zur Vermeidung und Entsorgung von Abfall sowie für Massnahmen gegen Littering weitergegeben wird.
- Die Förderung von langlebigen Qualitäts-Produkten und eine Verlängerung der Garantiefristen zur Verhinderung von „organisierter Verschwendung“.
- Bessere Informationen für die KonsumentInnen über die Nachhaltigkeit von Produkten (Labels für Langlebigkeit, sparsamen Ressourceneinsatz und Reparaturfreundlichkeit).
- Eine stärkere Berücksichtigung von ökologischen und sozialen Kriterien bei der Ausschreibung öffentlicher Aufträge und bei Finanzprodukten und Anlageinstrumenten.
- Jedes Vorhaben, insbesondere auch jedes Bau-, Infrastruktur- und Informatikprojekt ist auf Notwendigkeit und Grösse zu überprüfen.

1.2 Für eine klima- und landschaftsschonende Energiewende

Rund 80 Prozent des Energiebedarfs in der Schweiz werden aus fossilen oder atomaren Quellen gedeckt. 13 Milliarden Franken fließen jährlich in die Taschen der globalen Energiemultis.¹ Es geht auch anders. Die Grünen haben in detaillierten Szenarien aufgezeigt, wie sich die Schweiz bis 2050 zu 100 Prozent mit erneuerbarer Energie versorgen kann. Und dies ohne wertvolle Naturlandschaften zu zerstören. Möglich wird dies durch einen Mix aus Förderungs-, Spar- und Lenkungsmassnahmen. Entscheidend ist der rasche Ausstieg aus der gefährlichen Atomenergie. Ohne weiteren Druck der Grünen und der Anti-AKW-Bewegungen ist das Risiko gross, dass Atomkraftwerke am Netz bleiben. Auch der Klimaschutz stockt. Die Grünen wollen, dass die Schweiz ihre Anstrengungen verdoppelt und eine führende Rolle in der internationalen Klimapolitik übernimmt.

Was wir in der nächsten Legislatur erreichen wollen:

- Ein Ja zur grünen Volksinitiative für den Ausstieg aus der Atomenergie bis spätestens 2029.
- Die Durchsetzung der vollen Risikohaftung für den Betrieb der Atomkraftwerke und künftiger Lagerstätten für radioaktive Abfälle sowie eine Reform der Atomaufsicht (Vieraugenprinzip, Unabhängigkeit und Entscheidungskompetenz).
- Die Verschärfung der Sicherheitsanforderungen für die Schlussphase und die Stilllegung von AKW.
- Die Verabschiedung einer Energiestrategie, die konkrete Ziele und Massnahmen zur Senkung des Energiekonsums mit Förderungsinstrumenten für erneuerbare Energie und einer Lenkungssteuer auf Öl, Gas, Kohle, Uran und die anderen spaltbaren Brennstoffe verbindet. Das Ziel ist 100 Prozent grüne Energie bis 2050.
- Strengere Effizienzstandards für Gebäude, Fahrzeuge und Geräte.
- Intelligente Stromnetze für die Steuerung der dezentralen Stromproduktion und des sparsamen Verbrauchs.

¹ <http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Die-Schweiz-importiert-jedes-Jahr-nobrfuer-13-Milliarden-Franken-Energie/story/25368868>

- Die Berücksichtigung von nicht materiellen Anliegen wie Landschaftsschutz, Biodiversität oder den Schutz vor Lärm bei der Förderung von erneuerbaren Energien.
- Eine konsequente Klimastrategie für die Schweiz mit dem Ziel, den CO₂-Ausstoss bis 2030 um 75 Prozent zu senken – davon mindestens 40 Prozent im Inland.
- Die Erhöhung der CO₂-Abgabe auf Brennstoffen und die Einführung einer CO₂-Abgabe auf Treibstoffen mit vollem Abgabesatz.
- Reduktion der grauen Treibhausgasemissionen durch Deklaration, Anrechnung von Reduktionsmassnahmen, Reduktionsziele und Verbot von besonders klimaschädlichen Rohstoffen (z.B. Erdölprodukte aus Teersanden, Schiefergas).
- Massnahmen zur Verwertung des Humus-Bodens, um den CO₂-Gehalt in der Atmosphäre zu reduzieren.

1.3 Für weniger und umweltgerechten Verkehr

Die grüne Verkehrspolitik ist ein Schlüssel für die Lebensqualität und den Umweltschutz. Wir wollen Verkehr vermeiden, auf die Schiene verlagern und quartierverträglich gestalten. Trotz vieler Erfolge sind wir noch lange nicht am Ziel. Der Verkehr verursacht heute einen Drittel der gesamten Umweltlasten und einen grossen Teil der Lärmverschmutzung. Auch sein Einfluss auf die Gesundheit ist nicht zu vernachlässigen. Über 30 Prozent der für Mensch und Klima schädlichen Gase und des Energiekonsums gehen auf die motorisierte Mobilität zurück. Aufgrund seiner grossen Wachstumsraten stösst der Verkehr immer mehr an die Grenzen der Kapazitäten, der Finanzierbarkeit und der Akzeptanz. Anstatt für immer mehr Geld die Infrastrukturen auszubauen und wertvolles Kulturland zu opfern, wollen die Grünen den Verkehr reduzieren, verlagern und intelligent lenken. Um dies zu erreichen, müssen die Kapazitäten vermindert und das Verursacherprinzip gestärkt werden. So darf Pendeln nicht durch übermässige Steuerabzüge belohnt werden.

Was wir in der nächsten Legislatur erreichen wollen:

- Eine ganzheitliche Verkehrspolitik, welche die Potenziale der Raumplanung, des Verkehrsmanagements, der Arbeitsorganisation und der Preislenkung stärker nutzt.
- Eine Reform der Verkehrsfinanzierung durch die Einführung von „Mobility-Pricing“. Dieses soll das Umsteigen auf umweltfreundliche Verkehrsmittel fördern und das Verursacherprinzip stärken.
- Eine Reform des ÖV-Preissystems: Durch tiefere ÖV-Preise an Randzeiten und für Gruppen soll die Attraktivität gegenüber dem motorisierten Individualverkehr erhöht werden. Die ÖV-Preise sollen sozial- und familienverträglich sein und durch gezielte Lenkungsmassnahmen ohne Qualitätseinbusse für die Reisenden zu einer besseren Auslastung der Infrastruktur in den Nebenverkehrszeiten führen.
- Die Sicherung der finanziellen Mittel für den öffentlichen Regionalverkehr.
- Die Stärkung des internationalen Bahnfernverkehrs mit attraktiven Direkt- und Nachtverbindungen in die grösseren Städte in Europa, um das Umsteigen vom Flugzeug auf die Bahn zu fördern.
- Die Weiterführung der Agglomerationsprogramme im Rahmen des neuen Strassenfonds mit Schwerpunkt auf dem öffentlichen Verkehr, dem Velo- und dem Fussverkehr. Dieser ist nur für den Unterhalt, nicht aber für den Ausbau des Strassennetzes oder für sog. „Engpassbeseitigungen“ zu verwenden.
- Reduktion der Kapazitäten auf den Nationalstrassen.
- Neue Kompetenz des Bundes für die Schaffung eines nationalen Veloverkehrsnetz.

- Den Verzicht auf die zweite Gotthardtunnelröhre. Stattdessen die Durchsetzung der Alpeninitiative, die Einführung einer Alpentransitbörse und die Trassensicherung für den Güterverkehr auf dem gesamten Schienennetz. Verzicht auf den Bau der neuen Axenstrasse der N4.
- Verbesserung der Neuwageneffizienz für Verbrennungsmotoren bis 2020: Maximal 85g CO₂-Ausstoss pro Kilometer.
- Umsetzung des Aktionsplanes „erneuerbare Elektromobilität“ mit dem Ziel Null-Emissionen bis 2050.
- Reduktion des in- und ausländischen Flugverkehrs und Einführung einer Treibstoffsteuer und einer CO₂-Abgabe auf allen Flugbewegungen.

1.4 Für den Schutz der Natur und den Erhalt der Biodiversität

Eine von drei Tier- und Pflanzenarten in der Schweiz ist bedroht. Über den Konsum importierter Güter tragen wir auch Verantwortung für den Schutz von Natur und Artenvielfalt in anderen Ländern. Dank eines Antrags der Grünen hat die Schweiz eine Biodiversitätsstrategie, deren Umsetzung allerdings noch aussteht. Auch in der Agrarpolitik 2014-2017 konnten die Grünen den Naturschutz stärken und das Gentechnormatorium verlängern. Mit dem Gegenvorschlag zu unserer Initiative für eine Grüne Wirtschaft besteht ausserdem die Möglichkeit, die Einfuhr von besonders umweltschädlichen Produkten wie etwa Holz aus illegalem Einschlag zu verringern (siehe Kapitel zur Grünen Wirtschaft). Immer mehr werden jedoch Mikroverunreinigungen zu einer Gefahr, vor allem für den Menschen, und das Bienensterben geht weiter. Der Druck auf Schutzgebiete, insbesondere die Feuchtgebiete, lässt nicht nach und Fließgewässer sind von der Übernutzung der Böden bedroht. Mit der Koexistenzregelung möchte der Bundesrat Gentech-Pflanzen in der Schweiz zulassen.

Was wir in der nächsten Legislatur erreichen wollen:

- Umsetzung des Aktionsplanes Biodiversität mit griffigen Instrumenten und ausreichenden finanziellen und personellen Mitteln.
- Erhalt und Ausbau zusammenhängender Naturräume, z.B. Schaffung neuer Naturpärke.
- Konsequenter Vollzug des Schutzes der Inventargebiete wie Moore oder Trockenwiesen.
- Die Rahmenbedingungen für bedrohte Arten verbessern; Wolf und andere grosse Beutegreifer müssen geschützt bleiben.
- Umsetzung des Aktionsplans gegen das Bienensterben.
- Natürliche Ressourcen so nutzen, dass Biodiversität und ökologische Systemleistungen erhalten bleiben.
- Keine neuen Kleinwasserkraftwerke auf noch unberührten Wasserläufen im Rahmen der Energiestrategie. Sicherstellen der minimalen Restwassermengen und Renaturierung von Wasserläufen.
- Bessere Berücksichtigung der Biodiversität in der Agrarpolitik, insbesondere durch Bekämpfung von Pestiziden sowie die Vernetzung extensiv genutzter Flächen und der Schutz der Gebiete entlang der Wasserläufe. Gentechfreie Landwirtschaft.
- Schutz und nachhaltige Nutzung der Wälder. Die strenge Waldgesetzgebung darf nicht zugunsten kommerzieller Nutzungsbegehren aufgeweicht werden.

- Mittel aus der Tourismusförderung des Bundes (Innotour) und der Regionalpolitik sollen für die Förderung des sanften und nachhaltigen Tourismus im Einklang mit der Natur eingesetzt werden.
- Vorschriften zur Reduktion der Einfuhr von Produkten, die im Ausland der Natur und der Biodiversität schaden.

2 Die Grünen sind die Partei der Lebensqualität

Wohlstand wird häufig mit Wachstum und Reichtum verwechselt. Doch ein unkontrolliertes und unbegrenztes Wachstum mindert die Lebensqualität und erhöht die Verschwendung lebenswichtiger Ressourcen. Ausserdem orientieren sich immer mehr Menschen nicht nur an materiellen Werten, sondern wünschen sich mehr Lebensqualität. Dazu gehören solidarische Nachbarschaften, ohne schädliche Umwelteinwirkungen, genauso wie gesunde Lebensmittel oder die Freiheit, eine individuelle Lebensform zu wählen. Das Ja zur Zweitwohnungsinitiative und zu zahlreichen grünen Initiativen für den Kulturlandschutz zeigen, dass die Bevölkerung ihre Zukunft und die Natur nicht länger einseitigen Profitinteressen opfern will. Alle sollen nach ihrer Façon glücklich werden können, ohne auf Kosten der Nachbarn, der Natur und der nächsten Generationen zu leben.

2.1 Für eine konsequente Raumplanung und neue Perspektiven für die Berggebiete

Die Schweiz wird zugebaut: Fast ein Quadratmeter Kulturland pro Sekunde – täglich rund zehn Fussballfelder – verschwindet unter Strassen, Einkaufszentren, Parkplätzen und Häusern. Täglich gehen elf Hektaren Kulturland verloren. Um die Zersiedelung zu stoppen, setzen sich die Grünen an vorderster Stelle für den Schutz der Landschaft und des Kulturlandes ein. Die erfolgreiche Kulturlandinitiative der Grünen im Kanton Zürich ist zu einem Modell für die ganze Schweiz geworden.

Wir wollen den knappen Boden besser schützen und in den Agglomerationen eine kompakte, familien- und generationenfreundliche Siedlungsentwicklung fördern. Durch nachhaltigen Tourismus und die Stärkung der regionalen Wirtschaft erhalten auch die Berggebiete Alternativen zur Zersiedelung und können die Abwanderung stoppen.

Was wir in der nächsten Legislatur erreichen wollen:

- Die strikte Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative (Lex Weber), jedoch mit einer korrekten Definition der Zweitwohnungen, durch den Gesetzgeber und die Kantone.
- Der konsequente Vollzug des revidierten *Raumplanungsgesetzes* aufgrund von realistischen Bevölkerungsszenarien.
- Der Start des zweiten Teils der *Revision des Raumplanungsgesetzes* zur Durchsetzung eines starken Kulturlandschutzes, dem Erhalt der Fruchtfolgeflächen und der Einschränkung des Bauens ausserhalb der Bauzonen. Wer neue Fläche zubetoniert, muss eine Kompensation anbieten.
- Der Schutz vor Bodenspekulation mittels einer Verschärfung der Lex Koller.
- Eine nachhaltige und zielgerichtete Entwicklungsstrategie für die Berggebiete im Rahmen der neuen Agrar- und Regionalpolitik. Als Alternative zum Bau von Zweitwohnungen und der Durchführung unökologischer Grossevents soll der Bund den Strukturwandel in den Berggebieten durch nachhaltige Tourismusprojekte unterstützen und die Vermarktung regionaler Produkte und energetische Sanierungen

des Gebäudeparks fördern. So können dezentrale Ausbildungs- und Arbeitsplätze gesichert werden.

- Die neue Regionalpolitik 2016+ soll konsequent auf die soziale und ökologische Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Durch die Reform der Wahlsysteme (Proporz) und durch Gemeindefusionen sollen die politische Partizipation, die Erneuerungsfähigkeit und die Zukunftsorientierung in den Berggebieten gestärkt werden.

2.2 Für lebendige Quartiere und bezahlbare und gesunde Wohnungen in Städten und Agglomerationen

Ein haushälterischer Umgang mit dem Boden muss Wohnen und Arbeiten wieder zusammenbringen und die Siedlungsentwicklung nach innen fördern. Verdichten und Aufstocken, heisst die Devise. Sie findet allerdings nur Akzeptanz, wenn dabei auch die Lebensqualität stimmt. Die Grünen setzen sich wie keine andere Partei für urbane Grün- und Freiräume und eine hochstehende Planungs- und Baukultur ein. Bauten sind so zu planen und auszuführen, dass sie die Gesundheit der Bewohnerinnen und Bewohner nicht gefährden. Natürliche, regional verfügbare Baumaterialien sind zu bevorzugen. Wir wollen auch die Boden- und Wohnungsspekulation stoppen, denn nur so gibt es bezahlbare Mieten und Raum für Nachbarschaften, Familien und öffentliche Begegnungsorte. Entscheidend für das Leben in Städten und Agglomerationen ist weiterhin eine grüne Verkehrspolitik. Der Bund kann all diese Aufgaben nicht an Gemeinden und Kantone delegieren, sondern muss selber mehr Verantwortung übernehmen.

Was wir in der nächsten Legislatur erreichen wollen:

- Ein stärkeres Engagement des Bundes bei der Verdichtung und Aufwertung im städtischen Raum. Dazu gehören u.a. Mindestvorschriften für die Ausnutzung und Belegung von Flächen, die Förderung der modularen Bauweise und die Sicherung von öffentlichen Grünräumen in den Quartieren und Agglomerationen (Spielplätze, Parks und Freihaltezonen).
- Wohnbaupolitische Massnahmen sind so zu gestalten, dass der Wohnflächenbedarf pro Kopf nicht zunimmt.
- In der zweiten Etappe der RPG-Revision sollen planerische Auflagen für den Erhalt von bezahlbarem Wohnraum in den Städten und Agglomerationen umgesetzt werden, z.B. Mindestquoten für preisgünstigen Wohn- und Gewerberaum oder Genossenschaften sowie ein Vorkaufsrecht für Gemeinden.
- Der Bund stellt gemeinnützigen Wohnbauträgern Landreserven von SBB, armasuisse und anderen bundesnahen Betrieben günstig zur Verfügung.
- Die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus soll intensiviert und das Mietrecht verstärkt werden (Kontrolle der Anfangsmieten, Formularpflicht, besserer Kündigungsschutz).
- Der Rahmenkredit für den «Fonds de Roulement» zur Förderung zinsgünstiger Darlehen für den sozialen Wohnungsbau wird um 500 Millionen Franken aufgestockt.
- Bund, Kantone und Städte fördern flexible, generationenübergreifende Wohnformen und ökologische Nachbarschaften. Eine departements- und ämterübergreifende Agentur für Nachbarschaftsentwicklung soll die Projekte und Prozesse begleiten.
- Mehr Bundesmittel für den Fuss- und Veloverkehr in Städten und Agglomerationen und die Verbesserung der Verkehrssicherheit, insbesondere auf den Schulwegen.

- Der Bund unterstützt energetische Haussanierungen unter der Bedingung, dass diese nicht zu überhöhten Mieten und damit zum Verlust von günstigem Wohnraum missbraucht werden.

2.3 Für gesunde Nahrungsmittel und eine ökologische Landwirtschaft

Falsch gekennzeichnetes Fleisch, Billigware aus Agrarfabriken und Gifte in der Nahrung bestimmen die Schlagzeilen. Wir Grünen setzen auf ökologisch und sozial verantwortungsvoll produzierte Lebensmittel sowie regionale Produkte. Doch unter dem Strich kann sich die Schweiz nicht aus eigener Kraft ernähren. Mit der Fair-Food-Initiative wollen wir die Ökologisierung der Landwirtschaft dies- und jenseits der Grenze fördern und die Qualität der Importe besser steuern. So sollen keine Produkte aus Tierfabriken und Käfighaltung mehr eingeführt werden. Auch Gentechnik oder Soja aus Regenwaldabholzungen haben auf Feldern und im Futtertrog nichts verloren. Nur mit einer grünen Agrarpolitik können wir den nachkommenden Generationen gesunde Böden und Tiere weitergeben. Weltweit.

Was wir in der nächsten Legislatur erreichen wollen:

- Bildung einer Mehrheitsallianz zur Fair-Food-Initiative.
- Durchsetzung der Tierschutzgesetzgebung und der Qualitätsstandards für Nahrungsmittel.
- Marktvorteil für Produkte aus kleinbäuerlichen Strukturen und fairer Produktion bei den Nahrungsmittelimporten.
- Massnahmen gegen Lebensmittelverschwendung und die Klimabelastung durch Nahrungsmittelproduktion, -Lagerung und -Transporte.
- Fairer Handel statt Freihandel: Die lokalen Agrarmärkte sollen vor Dumpingkonkurrenz und zerstörerischen Freihandelsabkommen wie das TTIP geschützt werden, und zwar sowohl hier als auch in anderen Ländern.
- Entgiftung und Entlastung von Boden, Wasser und Luft durch eine grüne Landwirtschaft.
- Faire Preise und Direktzahlungen, die auf Nachhaltigkeit und Biodiversität ausgerichtet sind, sowie die Förderung zukunftsfähiger Nischenprodukte in der Landwirtschaft.
- Die Förderung klimafreundlicher, in der Region produzierter und verarbeiteter Lebensmittel, beispielsweise durch eine Energieetikette auf Lebensmitteln.
- Weiterführung des Gentechmoratoriums.
- Die Bekämpfung der Abhängigkeit der Bäuerinnen und Bauern weltweit von Agrarkonzernen durch patentiertes Gentechsaatgut. Keine Patente auf Tieren und Pflanzen und keine Spekulation mit Lebensmitteln.

2.4 Für eine starke öffentliche Bildung und die grenzüberschreitende Stärkung von Innovation, Forschung und Kultur

Die Schweiz ist arm an Rohstoffen, aber reich an Innovationsgeist und Kreativität. Diese gedeihen nur in einem Klima von Offenheit und Toleranz und leben vom grenzüberschreitenden Austausch der Ideen und Menschen. Wir Grünen wollen die internationalen Partnerschaften von Universitäten, Fachhochschulen, Forschung und Kultur gegen die rechtsnationale Abschottungspolitik und die Sparapostel verteidigen. Wir wenden uns aber auch gegen die Tendenz, Wissen zu privatisieren und auf kurzfristigen wirtschaftlichen Nutzen auszurichten. Ein innovationsförderndes Klima lebt vom interdisziplinären

Austausch, von kultureller Vielfalt und von Offenheit. Dazu gehört auch die Mehrsprachigkeit in der Schweiz. Durch eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Förderung der Chancengleichheit sollen Menschen mit unterschiedlichsten Erfahrungen und Lebenslagen mithelfen, Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft zu entwickeln.

Was wir in der nächsten Legislatur erreichen wollen:

- Fortführung der Beteiligung der Schweiz an den Europäischen Forschungs- und Kulturprogrammen wie zum Beispiel der Filmförderung.
- Fortführung der Austauschprogramme für SchülerInnen und Studierende.
- In der Botschaft für Bildung, Forschung und Innovation BFI 2017-2020 sollen neben der Stärkung und Anerkennung der höheren Berufsbildung auch die Bereiche Nachhaltigkeit, Gleichstellung, Gender Studies, Interdisziplinarität sowie die wissenschaftliche Nachwuchsförderung verstärkt werden. Der Bundesrat soll zudem das Versprechen einlösen, mehr Ausbildungsplätze in der Humanmedizin zu schaffen.
- Transparente und klare Regelungen für Sponsoringverträge und für Nebeneinkommen von leitenden Hochschulangestellten an allen Hochschulen.
- Ein gutes Gleichgewicht zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung sowie die Förderung von Start-Ups, vor allem auch im Cleantech- und Klimabereich.
- Den Ausbau und die Harmonisierung des Stipendienwesens, um den Studierenden einen minimalen Lebensstandard zu gewährleisten.
- Die Durchsetzung von Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Studiengängen sowie höhere Berufsbildung an Universitäten, Fachhochschulen und in der höheren Berufsbildung.
- Einen offenen und fairen Empfang für ausländische Studierende gewährleisten, welche einen wichtigen Beitrag zur Qualität der Bildung leisten.
- Sicherung der finanziellen Mittel für die Kulturbotschaft 2016-2019. Der Kulturaustausch und die kulturelle Teilhabe sollen stärker gefördert werden
- Genügend Mittel für die Umsetzung der Initiative Jugend und Musik.
- Der Bundesrat zieht sich aus den Verhandlungen über das internationale Abkommen zur Privatisierung des Service Public (TISA) zurück.
- Der Einsatz auf internationaler Ebene für eine grundlegende Revision der Patent- und Sortenschutzrechts, indem die Vermarktung von Wissen und des Lebens bekämpft wird.
- Ein offen zugängliches System von Wissenschafts-Publikationen (Open Science).

3 Die Grünen sind die Partei der Grundrechte und der gesellschaftlich und politisch liberalen Werte

In Fragen der Demokratie, der Menschenrechte und der Gewaltenteilung war die Schweiz 1848 vielen Ländern voraus. Heute sind die liberalen Werte von damals unter Druck. Rechtsstaatliche Grundprinzipien werden über Bord geworfen. Überwachung und Ausgrenzung verdrängen die Politik der Integration und des Dialogs. Die Grünen setzen sich für eine politische Kultur ein, welche die Grundrechte und Grundfreiheiten wieder ins Zentrum stellt. Wir wollen einen gläsernen Staat, nicht gläserne BürgerInnen. Und wir sind überzeugt davon, dass eine pluralistische Gesellschaft nur in gegenseitigem Respekt und Offenheit funktionieren kann.

3.1 Für eine Demokratie ohne Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung

Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden. Dieser Grundpfeiler der Demokratie wird immer mehr in Frage gestellt. Die Grünen setzen sich an vorderster Stelle für die Respektierung der Menschenrechte und den Schutz von Minderheiten ein. Niemand soll aufgrund von Herkunft, Alter, Religion, Geschlecht, Lebensform, sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität oder Sprache diskriminiert und ausgegrenzt werden. Die Grünen sind überzeugt davon, dass gegenseitiger Respekt die Richtschnur für das Zusammenleben ist. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle ihren Platz haben und das Zusammenleben mitgestalten können. Die Rolle der Europäischen Menschenrechtskonvention darf nicht geschwächt werden, weil die Schweizer Verfassung keine Garantie gegen die Verletzung von Grundrechten in Gesetzen bietet.

Was wir in der nächsten Legislatur erreichen wollen:

- Die Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit und des Verhältnismässigkeitsprinzips als Kernelemente einer modernen Demokratie.
- Die Verteidigung der Europäischen Menschenrechtskonvention, welche den Schutz der Grundrechte in der Schweiz garantiert.
- Die Förderung von gewaltfreien Methoden zur Bewältigung von Konflikten, zum Beispiel Mediation.
- Die Förderung der aussergerichtlichen Mediation und des Täter-Opfer-Ausgleichs.
- Eine Kampagne gegen rassistische Inhalte in den Social Media und der Kommunikation der politischen Parteien sowie die Stärkung der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus.
- Die Verankerung des Diskriminierungsschutzes in einem Antidiskriminierungsgesetz.
- Die Bestrafung der Anstiftung zum Hass gegenüber jeglichen Bevölkerungsgruppen.
- Keine Art des Zusammenlebens soll gegenüber einer anderen benachteiligt werden, insbesondere nicht im Steuer- und Sozialversicherungsrecht.
- Die vollumfängliche Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare sowie deren Zulassung zum Adoptionsverfahren.
- Eine konsequente Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes. Informationen und Dienstleistungen der öffentlichen Hand (Bund, Kantone, Gemeinden) und staatsnaher Betriebe müssen barrierefrei zugänglich sein. Mit geeigneten Instrumenten muss Barrierefreiheit auch im privaten Bereich und in den Medien gefördert werden.
- Die Unterstützung der Initiative zur Wiedergutmachung für Opfer von fürsorglichen Zwangsmassnahmen.
- Raumplanerische Massnahmen zur Sicherung der Standplätze für die Fahrenden.
- Volksinitiativen müssen die Europäische Menschenrechts-Konvention (EMRK) respektieren.

3.2 Für die Gleichstellung von Frau und Mann und mehr Gendergerechtigkeit

Die Gleichstellung von Mann und Frau ist noch lange nicht erreicht. Frauen sind in vielen Berufen und in den Führungsetagen untervertreten und werden bei den Löhnen diskriminiert. Die Männer können ihrerseits kaum mehr Verantwortung für den Haushalt und die Kindererziehung übernehmen. So fällt dies hauptsächlich den Frauen zu. Dies führt zu kleinen Teilzeitpensen, tiefen Löhnen und schlechten Karten für die Existenzsicherung im Alter. Die Grünen fordern eine bessere Absicherung von Care-Arbeit und die Durchsetzung

der Lohngerechtigkeit. Auch Männer wollen ihre traditionelle Rolle verändern. Sie wünschen sich mehr Teilzeitstellen, mehr Verantwortung in der Kinderbetreuung und endlich eine Elternzeit auch für Väter. Dank grünem Engagement haben einige Städte und Kantone Schritte vorwärts gemacht. Nun müssen wir den Druck auf Bundesbern verstärken. Die Grünen setzen sich dafür ein, dass jeder Mensch das Geschlecht frei wählen kann und sich nicht entscheiden muss, als Frau oder Mann zu leben.

Was wir in der nächsten Legislatur erreichen wollen:

- Die Durchsetzung der Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern durch verbindliche Lohnanalysen und -kontrollen sowie Sanktionen gegen Lohndiskriminierung.
- Die Einführung eines Vaterschaftsurlaub und einer Elternzeit (finanziert über die Erwerbsersatzordnung).
- Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dazu gehören die Weiterführung der Anschubfinanzierung für die familienergänzende Kinderbetreuung, aber auch familienfreundlichere Ausbildungs- und Arbeitsmodelle (fair geregelte, flexible Arbeitszeiten, Arbeit von zu Hause, Telearbeit) und die Förderung der Tagesschulen.
- Die stärkere Einbindung der Arbeitgebenden und der öffentlichen Hand in die Finanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung, wie zum Beispiel nach den Modellen, welche in den Kantonen Waadt, Neuenburg und Freiburg entwickelte wurden. Nur so kann verhindert werden, dass mittelständische Familienbudgets wegen hoher Betreuungstarife und Steuern trotz Zweiteinkommen sinken.
- Eine qualitativ gute und kostengünstige familienergänzende Kinderbetreuung ist ein Recht für alle und trägt zur Chancengleichheit der Geschlechter bei.
- Das Ende der Geschlechterstereotype in Familie, Bildung, Ausbildung und Beruf und die Stärkung der Wahlfreiheit.
- Politische Massnahmen und Informationsmassnahmen, um einem stereotypisierten Frauen- und Männerbild entgegenzuwirken, welches insbesondere durch Werbung und Medien weitergegeben wird.
- Die stärkere Absicherung von Care-Arbeit in den sozialen Sicherungssystemen.
- Die Förderung von Teilzeitstellen für Männer sowie auf allen Hierarchiestufen und in allen Bereichen, insbesondere in der Bundesverwaltung.
- Reduktion der Erwerbsarbeitszeit damit Care-Arbeit und ehrenamtliche Engagements übernommen werden können.
- Quoten für eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in den Führungsfunktionen, insbesondere in der Bundesverwaltung den bundesnahen Betrieben, den Verwaltungsräten sowie auf den Wahllisten der politischen Parteien.
- Die Weiterführung und Aufstockung der Kampagne gegen häusliche Gewalt, die stärkere Unterstützung von Frauenhäusern und der Ausbau des Kinderschutzes und der Hilfe für weibliche und männliche Opfer, bei der auch der Kampf gegen Menschenhandel gestärkt wird. Eine unabhängige Aufenthaltsbewilligung oder zumindest eine Garantie für die Erneuerung der Aufenthaltsbewilligung für Migrantinnen in Fälle von Gewalt in der Ehe.
- Eine breit angelegte Kampagne gegen sexuelle Gewalt und die Verstärkung des Schutzes von Frauen und Männern im Rahmen der Gesetzgebung.

3.3 Für konsequenten Datenschutz und digitale Rechte

Die fortschreitende Digitalisierung hat Auswirkungen auf alle gesellschaftlichen Bereiche. Netzpolitik ist daher für die Grünen eine Querschnittsaufgabe. Die Grünen wollen die Chancen der Informationsgesellschaft nutzen, aber auch die Risiken frühzeitig erkennen. Das Internet ist aus Sicht der Grünen nicht nur ein technisches Instrument, sondern ein Ort des Austausches, der auch für mehr demokratische Mitbestimmung und für eine nachhaltigere Gesellschaft genutzt werden kann und soll. Den grössten Handlungsbedarf sehen die Grünen beim Netzzugang, beim Datenschutz, beim enormen Energie- und Ressourcenverbrauch durch die technische Infrastruktur sowie bei der fairen Entschädigung von Urheberrechten.

Was wir in der nächsten Legislatur erreichen wollen:

- Besserer Schutz der Privatsphäre und der digitalen Grundrechte: Ein neues Datenschutzgesetz muss digitale Grundrechte verankern und der Weitergabe und Verknüpfung von Daten (Big Data) Grenzen setzen.
- Ein leistungsfähiges offenes Netz für alle: Gesetzliche Verankerung der Netzneutralität und erschwinglicher Zugang zum Hochbreitband-Internet.
- Strategie für die Überwindung des globalen digitalen Grabens durch die Entwicklungszusammenarbeit.
- Eingriffe in Grundrechte wie die Meinungs- oder Informationsfreiheit darf es nur auf gesetzlicher Grundlage und durch richterlichen Beschluss geben. Diese Eingriffe müssen notwendig und verhältnismässig sein. Das heimliche Ausspionieren von Computern und den Einsatz von Staatstrojanern ohne begründeten Verdacht oder auf Vorrat lehnen wir ab.
- „Cybersicherheit“ darf kein Deckmantel für einen Schnüffelstaat sein: die anlasslose Vorratsdatenspeicherung muss deshalb gestoppt werden.
- Der Bund soll verstärkt Open Source-Lösungen und fair hergestellte, umweltverträgliche Hardware einsetzen.
- Für die gesetzwidrige private Nutzung urheberrechtlich geschützter Werke (z.B. beim Upload in Tauschbörsen) sollen alternative Vergütungsmodelle entwickelt werden.

3.4 Für eine transparente Demokratie und umfassende Mitspracherechte

Die starke Mitbestimmung der Bevölkerung und der Föderalismus sind für die Grünen zentrale Pfeiler der Schweizer Demokratie. Doch wir sehen auch Reformbedarf. Viele Parteien lassen sich heute durch Firmen wie die UBS oder die Credit Suisse finanzieren. Oft sitzen die Firmenlobbyisten höchstpersönlich im Parlament und vertreten dort statt des Gemeinwohls ihre Eigeninteressen. Die Grünen haben als erste Partei ethische Richtlinien für die Parteispenden und die Transparenz der Mittel festgelegt. Solche Spielregeln braucht es auch auf nationaler Ebene. Zudem müssen Chancengleichheit und der Minderheitenschutz im Wahlsystem endlich durchgesetzt werden. Zu den Grundlagen der Demokratie gehört auch die Medienvielfalt und die politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen. Nach zahlreichen Beschaffungs- und Korruptionsskandalen in der Bundesverwaltung sehen die Grünen auch Handlungsbedarf bei der Corporate Governance. Die staatlichen Leistungen müssen effizient, transparent und gegenüber der Gesellschaft verantwortungsvoll erbracht werden.

Was wir in der nächsten Legislatur erreichen wollen:

- Die Einführung von Transparenzrichtlinien für die Finanzierung von Wahlen und politischen Kampagnen.
- Die Einführung einer Parteienfinanzierung, die allen Parteien gleiche Spiesse bei den Grundleistungen ermöglicht und die Abhängigkeit von privaten Lobbys verkleinert.
- Verbindliche Bundesregelungen für den Schutz von politischen Minderheiten in kleinen Kantonen mit Majorzwahlsystem. Zum 100-Jahr-Jubiläum des Nationalrats-Proporz im Jahr 2019 müssen die in der Bundesverfassung verankerten Gleichheits- und Minderheitenschutzgrundsätze endlich landesweit umgesetzt werden. Es muss gelten: Jede Stimme jeder Wählerin und jedes Wählers hat unabhängig vom Kanton das gleiche Gewicht.
- Die Einführung von Stimmrechtalter 16 und eine Kampagne zur Förderung der Medienbildung und der Medienkompetenz von Jugendlichen und jungen Erwachsenen.
- Die politische Mitsprache und Beteiligung von Menschen mit einem ausländischen Pass (z.B. Wahlrecht auf Ebene der Gemeinden und Kantone für Ausländerinnen und Ausländer, welche seit fünf Jahren in der Schweiz leben).
- Die gezielte Förderung von unabhängigen publizistischen Medienleistungen sowie der Medienvielfalt und der Medienqualität.
- Die Grünen fordern die zeitnahe, vollständige und schnelle Offenlegung von offiziellen Dokumenten gemäss dem Transparenzprinzip.
- Verbindliche Kriterien und eine finanzielle Obergrenze für externe BeraterInnenverträge in der Bundesverwaltung.
- Eine auf Nachhaltigkeit statt auf Luxus ausgerichtete Strategie für die Bundesbauten, die funktional, kostengünstig und ressourceneffizient sein sollen. Die Bewilligung und Verwendung der Kredite für öffentliche Bauten ist wieder durch spezielle Parlamentskommissionen zu kontrollieren.
- Eine Finanzpolitik, welche langfristig die zentralen Dienstleistungen für die BürgerInnen sichert und in Krisenzeiten den sozialen Ausgleich unterstützen kann.

4 Die Grünen sind die Partei der Chancengleichheit und der sozialen Gerechtigkeit

Die Chancengleichheit ist eine Grundlage der Demokratie. Durch die wachsenden Ungleichheiten bei Lohn, Vermögen oder bei der Bildung wird sie immer mehr in Frage gestellt. Während die oberen Einkommens- und Vermögensklassen von Steueroase zu Steueroase pilgern, fragen sich immer mehr Menschen: Wie kann ich mir die Wohnungsmiete oder die nächste Krankenkassenrechnung leisten? Die Grünen haben die Antworten: Mit einem fairen und familienfreundlichen Steuersystem. Mit gleichem Lohn für Frauen und Männer. Mit einer soliden Aus- und Weiterbildung, einschliesslich der Aneignung von Basiskompetenzen, und einer starken Sozialpartnerschaft. Wir Grünen verteidigen auch das soziale Sicherungsnetz, so dass Menschen mit Behinderungen, im Alter, bei Arbeitslosigkeit, bei Krankheit und in wirtschaftlichen Notlagen nicht durch die Maschen fallen.

4.1 Für soziale Sicherheit in allen Lebenslagen und eine moderne Familienpolitik

Keine Partei hat die gesellschaftliche Öffnung in der Schweiz so geprägt wie die Grünen. Ob Menschen in Wohngemeinschaften zusammenleben, als Patchwork-Familien oder als gleichgeschlechtliches Paar durchs Leben gehen, ist heute nicht mehr der Rede wert. Auch das Zusammenleben der Generationen ist vielfältiger geworden. Nun müssen auch die sozialen Unterstützungs- und Sicherheitsnetze an die neuen Lebensformen angepasst

werden. Die grüne Sozialpolitik ist nicht nur auf die traditionelle Familie ausgerichtet, sondern berücksichtigt die Vielfalt der Lebenslagen. Sie setzt im Gesundheits- und Sozialbereich auf Prävention und Früherkennung und orientiert sich an einem zentralen Verfassungsgrundsatz: „Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen.“ Schon heute liegen die Sozialhilfeleistungen am Rande des Existenzminimums. Der von rechtsbürgerlichen Seite geforderte weitere Abbau würde die prekäre Situation von Armutsbetroffenen drastisch verschärfen.

Was wir in der nächsten Legislatur erreichen wollen:

- Eine Reform der Familienpolitik, die es Eltern und Kindern ermöglicht, unabhängig von Familienmodell, Einkommen oder Herkunft ein wirtschaftlich abgesichertes Leben zu führen. Dazu gehören Anpassungen beim Familienrecht, die Berücksichtigung der Care-Arbeit bei Unterhalts- und Vorsorgeregelungen sowie der Ersatz von Steuerabzügen durch ein sozial gerechteres Zulagensystem.
- Das Projekt „Altersvorsorge 2020“ muss sich am Ziel orientieren, ein würdiges Leben im Alter zu führen. Die heutigen Rentenleistungen dürfen nicht gekürzt werden. Die Grünen unterstützen die Volksinitiative „AHV plus“ und lehnen die geplante Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre ab, wenn die Lohnungleichheit und die Absicherung der Care-Arbeit weiter auf sich warten lassen.
- Eine Pensionierung „à la Carte“, die das Berufseintrittsalter und die Gesundheitsbelastung im Erwerbsleben besser berücksichtigt. Altersteilzeitmodelle sollen den schrittweisen Übergang in die Rente ermöglichen.
- Verstärkung von Gesundheitsförderung und Suchtprävention.
- Den illegalen Drogenhandel bekämpfen, indem man den Konsum entkriminalisiert und den Handel reguliert. Auf kantonaler und insbesondere kommunaler Ebene Pilotprojekte zur Regulierung des Cannabiskonsums ermöglichen.
- Eine Verfeinerung des Risikoausgleichs bei den Krankenkassen. Der Bund soll zudem die gesetzliche Möglichkeit schaffen, regionale und kantonale Einheitskassen einzuführen und die Zusammenarbeit unter den Anbietern von Gesundheitsleistungen zu fördern (Managed Care).
- Ein nationales Rahmengesetz für die Sozialhilfe auf der Basis der ungeschmälernten teuerungsbereinigten Leistungen der SKOS-Richtlinien. Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien.
- Die Anerkennung der Komplementärmedizin als vollwertige FMH-Disziplin, sowie Möglichkeiten der persönlichen Entwicklung, damit die Bevölkerung im Bereich des Gesundheitswesens selbstständig entscheiden kann.

4.2 Für den breiten Zugang zu Bildung und Ausbildung

Die Schule ist für die Grünen eine wichtige gesellschaftsbildende Institution. Vermittelt durch die Lehrpersonen leistet sie ihren Beitrag, damit die Interessen der Einzelnen der Gemeinschaft als Ganzes dienen. Dazu erfüllt sie den gesetzlichen Bildungsauftrag und stellt die Teilnahme aller in einer demokratischen Gesellschaft sicher.

Das Schulsystem ermöglicht somit eine Ausbildung für jede und jeden, sei es mit einem Eidgenössischen Berufsattest oder Fähigkeitszeugnis, sei es mit einer gymnasialen, einer Fach- oder einer Berufsmaturität. Es setzt gleichwertig auf alle Ausbildungsgänge, um die intellektuellen, sozialen, künstlerischen und handwerklichen Fähigkeiten zu fördern. Dies gelingt nur, wenn genügend Mittel zur Verfügung stehen, besonders für jene, die mit einer ersten Ausbildung nicht weiterkommen und sich neu orientieren müssen, und die Arbeitsbedingungen in den Lehrberufen verbessert werden.

Was wir in der nächsten Legislatur erreichen wollen:

- Einen erleichterten Zugang zum Erlernen von Lesen und Schreiben, um die nötigen Kompetenzen zu entwickeln, damit jede und jeder den Anforderungen der heutigen Gesellschaft gerecht werden kann.
- Die Förderung der Chancengleichheit bei Bildung und Ausbildung durch den Ausbau und die Harmonisierung des Stipendienwesens und dessen Entwicklung, um den Studierenden den minimalen Lebensstandard zu ermöglichen.
- Die Förderung des Erasmus-Programms, um Studentinnen und Studenten aus der Schweiz ein breiteres Bildungsangebot zu gewährleisten.
- Die Förderung der Sprachenkompetenz und die Überwindung des Röstigrabens: Die erste Fremdsprache muss eine Landessprache sein.
- Die Schulsysteme im kleinen Bildungsraum Schweiz, wo die Menschen immer mobiler werden, sind weiter zu harmonisieren. Gleichzeitig sind innovative, integrative und vielfältige Schulmodelle zu fördern – durch geeignete Lehrpläne und ausreichende finanzielle Mittel.
- Genügend Mittel für Bildung und Ausbildung auf allen Stufen des föderalen Bildungssystems. Die Lehrberufe sollen dank fairen Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen wieder attraktiver werden.
- Die Stärkung der dualen Berufsbildung. Die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe soll gefördert und anerkannt werden, z.B. mit einem Bonus-Malus-System für die Ausbildung im Gesundheitswesen oder bei den öffentlichen Ausschreibungen. Hier sollen in- und ausländische Firmen bevorzugt werden, die sich auch in der Ausbildung engagieren.
- Eine zweite Chance für Jugendliche und Erwachsene ohne Berufsabschluss. Berufsschulen sollen auch bei einem späten Lehrstellenantritt unentgeltlich bleiben und Betriebe sollen durch Anreize dazu ermuntert werden, Nachqualifikationen zu ermöglichen.
- Sans-Papiers-Kinder und Kinder von Asylsuchenden sollen weiterhin die Schule besuchen oder eine Berufslehre machen können.

4.3 Für faire Arbeitsbedingungen und Löhne

Das inakzeptable Standort- und Steuerdumping führt dazu, dass immer mehr Firmen aus den Nachbarländern in die Schweiz verschoben werden. Gleichzeitig profitieren viele Unternehmen davon, schlecht bezahlte Fachkräfte im Ausland zu rekrutieren und so ihre Gewinne zu erhöhen. Die Grünen fordern längst fällige Reformen gegen diese Negativspirale. Reformen im Arbeitsmarkt, Reformen beim Steuersystem. Grüne UnternehmerInnen machen vor, wie man durch fortschrittliche Arbeitszeitmodelle, faire Löhne und die gezielte Aus- und Weiterbildung Fachkräfte „finden und binden“ kann. Auch ältere Arbeitnehmende und IV-BezügerInnen sollen wieder eine Chance haben. Die Früchte der Arbeit müssen gerechter verteilt werden und nicht nur in die Taschen der ManagerInnen und AktionärInnen fließen. Um dies zu erreichen, braucht es Mindestlöhne und Arbeitszeitverkürzungen. Teilzeitarbeit muss zum Standard für alle werden können.

Was wir in der nächsten Legislatur erreichen wollen:

- Eine Stärkung der Sozialpartnerschaft durch tiefere Hürden bei der Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Gesamtarbeitsverträgen.
- Die Wirtschaft soll ihr Versprechen einlösen, die Tieflohne anzuheben und die Selbstbereicherung in den Chefetagen zu stoppen.
- Die Erweiterung und der konsequente Vollzug der flankierenden Massnahmen zum Schutz der Löhne und der Arbeitsbedingungen.
- Massnahmen gegen den Fachkräftemangel in den Gesundheits- und MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) und die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Pflege.
- Massnahmen gegen das Standort- und Steuerdumping. Die Wirtschaftsförderung soll auf die Stärkung der dezentralen und nachhaltigen Entwicklung ausgerichtet sein.
- Die Unternehmenssteuerreform III soll dazu genutzt werden, den schädlichen Steuerwettbewerb in den Kantonen abzubremesen. Sie darf jedoch zu keinen Steuerausfällen führen. Vielmehr sollen schädliche Auswirkungen der USR II korrigiert werden.
- Eine Beschränkung des Steuerföderalismus durch nationale Mindestsätze bei den Unternehmenssteuern und eine bessere Kontrolle von Steuerrulings und Steuerrabatten im Rahmen der kantonalen Wirtschaftsförderung.
- Die Einführung einer Kapitalgewinnsteuer und das Stopfen von Steuerschlupflöchern.
- Eine Reform des nationalen und internationalen Beschaffungsrechts, das soziale und ökologische Qualitätskriterien berücksichtigen soll.

4.4 Für einen starken Service Public und eine gerechte Steuerpolitik

Bei den lebenswichtigen Gütern wie Wasser, Energie, Bildung, Gesundheit oder den öffentlichen Infrastrukturen braucht es staatliche Angebote, die für alle zugänglich sind. Die Grünen setzen sich für eine solide Grundversorgung auch in den Berggebieten und Randregionen ein. Und wir fordern, dass sich Gutverdienende, Vermögensmillionäre und die Wirtschaft angemessen an der Finanzierung der öffentlichen Dienstleistungen beteiligen. Dazu sind in Reformen im Steuersystem nötig. Das Steuersystem muss gerechter werden und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit stärker berücksichtigen. Zudem sollen die Ausgleichsinstrumente zwischen den Kantonen weiterentwickelt werden.

Was wir in der nächsten Legislatur erreichen wollen:

- Wichtige öffentliche Güter wie Wasser, Energieversorgung und die technischen Infrastrukturen bleiben in öffentlicher Hand und werden nachhaltig bewirtschaftet.
- Die Grünen wenden sich gegen weitere Liberalisierungsschritte im Strommarkt.
- Die Grundversorgung muss in allen Kantonen und Regionen der Schweiz sichergestellt sein.
- Der Bund erarbeitet ein Infrastrukturkonzept, das auf einem nationalen Raumkonzept aufbaut und die langfristige und verursachergerechte Finanzierung der öffentlichen Infrastrukturen sicherstellt.
- Die stärkere Harmonisierung des Steuersystems in der Schweiz mit dem Ziel, die stossende Ungleichbehandlung von BürgerInnen in den verschiedenen Kantonen zu beseitigen und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit stärker zu gewichten.
- Prüfung eines Systems der aufkommensneutralen und zivilstandsunabhängigen Individualbesteuerung.

- Die Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer zugunsten der AHV.
- Die Sicherstellung des Datenaustausches zwischen den Steuerbehörden im In- und Ausland. Damit die Kontrollen sichergestellt werden können, brauchen die Steuerbehörden genügend Mittel und Personal. Dabei müssen die Grundsätze des Datenschutzes respektiert werden. Auch Entwicklungsländer müssen Zugang zu Steuerdaten erhalten können.
- Die Weiterentwicklung des nationalen Finanzausgleiches.

5 Die Grünen sind die Partei der Offenheit und der Verantwortung ohne Grenzen

Die Globalisierung der Wirtschaft verändert die Rolle der demokratischen Staaten. Freihandelsverträge wie zum Beispiel das TTIP² hebeln die Gestaltungsmöglichkeiten der BürgerInnen aus und geben sie in die Hände von internationalen Grosskonzernen. Die Grünen setzen dem „Trilemma der Globalisierung“ keine Abschottungsträume entgegen, sondern wollen die Globalisierung in ökologische, soziale und demokratische Bahnen lenken. Unser langjähriges Motto „Global denken – lokal handeln“ ist nach wie vor aktuell. Immer stärker ist aber auch globales Handeln im Rahmen von internationalen Spielregeln und Organisationen gefragt. Die Grünen befürworten nur solche internationalen Verträge, die sich auf Umwelt, Gesellschaft oder Wirtschaft in der Schweiz wie im Ausland positiv auswirken.

5.1 Für eine gute Nachbarschaft mit Europa und der Welt

Die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative war ein Paradigmawechsel für die Schweiz. Eine knappe Mehrheit der Bevölkerung hat auf innenpolitische Probleme mit Abschottung reagiert. Die politische Isolation wird die international vernetzte Schweiz in eine Sackgasse führen. Die Grünen setzen sich für gute Beziehungen zu unseren Nachbarländern und gerechtere Spielregeln für die globalen Märkte ein. Die Schweiz soll eine verlässliche Partnerin in der internationalen Gemeinschaft sein und einen engagierten Beitrag zur Förderung von Demokratie, Wohlstand, Frieden, Sicherheit und dem Erhalt der ökologischen Lebensgrundlagen auf unserem Planeten leisten. Als Depositarstaat der Flüchtlingskonvention und der Konventionen zum humanitären Völkerrecht soll sie ausserdem ein Vorbild für andere sein.

Was wir in der nächsten Legislatur erreichen wollen:

- Eine Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, die mit den bilateralen Verträgen kompatibel ist und eine Sicherung der bilateralen Zusammenarbeit mit der EU. Ist dies auf parlamentarischem Weg nicht möglich, dann muss eine Grundsatzabstimmung über die Weiterführung der bilateralen Verträge durchgeführt werden.
- Eine Lösung für die institutionelle Zusammenarbeit mit der EU.
- Ein stärkeres Engagement der Schweiz in internationalen Organisationen.
- Die Achtung geltender internationaler Vereinbarungen, insbesondere der Flüchtlingskonvention von 1951.
- Eine Stärkung der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit und ihrer Wirksamkeit sowie einen Ausbau der Hilfe vor Ort.

² Transatlantic Trade and Investment Partnership (Transatlantisches Freihandelsabkommen)

- Der Beitrag der Schweiz an den internationalen Klimafonds soll nicht aus dem Entwicklungsbudget finanziert werden, sondern verursachergerecht durch eine CO₂-Abgabe auf Treibstoffen.
- Verbindliche Spielregeln für die global agierenden Finanzmärkte zur Verhinderung von Pleiten, Crashes und staatlichen Rettungsaktionen. Die Eigenkapitalvorschriften müssen weiter verschärft und der Handel mit Finanzprodukten und Rohstoffen besser überwacht und gesteuert werden. Die Schweiz soll dabei nicht nur internationales Recht nachvollziehen, sondern im Kampf gegen globale Steueroasen und Finanzmarktrisiken eine aktive Rolle übernehmen. Ein zentraler Schritt ist die Einführung einer globalen Finanztransaktionssteuer.
- Politische und wirtschaftliche Kooperation mit Unrechtsstaaten (wie z.B. dem früheren Apartheidregime Südafrikas) sind historisch aufzuarbeiten und politisch zu beurteilen. Dazu braucht es Zugang zu den Archiven und offizielle Stellungnahmen des Bundesrates zur Beteiligung von Schweizer Behörden und Firmen an Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
- Abbau der Mobilitätshindernisse für die in den EU-Ländern lebenden 450'000 Schweizer Bürgerinnen und Bürger durch Anerkennung von Studien- und Berufsabschlüssen, Beiträgen zur Ausbildung junger Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, Aus- und Weiterbildungsangebote im Ausland sowie die Beteiligung an Programmen zur Förderung der Mobilität.

5.2 Für Friedenspolitik und Abrüstung

Keine andere Partei hat die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge so klar abgelehnt wie die Grünen. Der Erfolg des Gripenreferendums ist ein wichtiger Auftakt für die weiteren Armereformen. Für die Grünen ist klar, dass die Armee stark reduziert werden muss und keine zivilen Aufgaben übernehmen darf. Auf die Zunahme der globalen Konflikte soll nicht mit Aufrüstung reagiert werden, sondern mit einem Ausbau der zivilen Friedensförderung und einem strikten Verbot der Waffenausfuhr. Weil nur die UNO eine Grundlage für den Weltfrieden bilden kann, fordern wir deren Stärkung gegenüber Sonderbünden wie der Nato, die nicht universelle, sondern Sonderinteressen vertreten. Durch die Verbannung von Waffen aus dem privaten Umfeld soll auch die Sicherheit im Inneren verbessert werden. Gewaltfreie Konfliktlösung muss gefördert werden.

Was wir in der nächsten Legislatur erreichen wollen:

- Verkleinerung der Armee und des Militärbudgets.
- Verhinderung der Evaluation und des Kaufs eines neuen Kampfjets.
- Verzicht auf innere und zivile Einsätze der Armee und auf militärische Auslandseinsätze.
- Schaffung eines professionellen Katastrophenhilfekorps.
- Für einen Zivildienst, der dem Militärdienst gleichgestellt und auch für Frauen offen ist
- Verbot jeglicher Waffenausfuhr.
- Stopp jeglicher Rüstungszusammenarbeit und Militärkooperation mit allen Ländern, welche die Menschenrechte verletzen und das Völkerrecht missachten.
- Austritt aus der Nato-Partnership for Peace und Verstärkung des Engagements in der UNO und der OSZE.
- Engagement für einen gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina und für die Schaffung eines palästinensischen Staates.
- Verbannung der Ordonnanzwaffen in Zeughäuser und Registrierung aller Waffen.

5.3 Für fairen Handel und Rechte ohne Grenzen

Kaum ein anderes Land ist so abhängig von ausländischen Rohstoffen und Nahrungsmitteln wie die Schweiz. Gleichzeitig agiert der Kleinstaat in den Alpen als grösster Offshore-Finanzplatz und zweitgrösster Rohstoffhandelsplatz der Welt. Die meisten Rohstoff-Länder leiden unter dem „Rohstoff-Fluch“ und werden durch Korruption, Repression, ökologische Zerstörungen und Menschenrechtsverletzungen in ihrer Entwicklung blockiert. Die Gewinne aus dem Rohstoffgeschäft fliessen in die Schweiz, allein in den beiden Rohstoffhandelszentren Zug und Genf sind sie zwischen 2001 und 2011 um das Vierzehnfache gestiegen. Die Grünen verlangen, dass die in der Schweiz ansässigen Multis ihre Verantwortung für eine nachhaltige globale Entwicklung entsprechend ihrer Grösse wahrnehmen und nicht weiter in die eigenen Taschen wirtschaften. Wie auf dem Fussballplatz braucht es klare Spieregeln und eine Schiedsrichterin, der bei einem Foul die rote Karte zückt.

Was wir in der nächsten Legislatur erreichen wollen:

- Mehr Transparenz, insbesondere die Offenlegung länder- und projektspezifischer Zahlungen auch für den Handel mit Rohstoffen sowie die umfassende Offenlegung der Besitzverhältnisse in den kantonalen Handelsregistern.
- Eine Aufsichtsbehörde für den Handel mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln (Rohma), analog zur Finanzmarkt-Aufsichtsbehörde (Finma).
- Eine verbindliche Unternehmens-Haftung und Sorgfaltsprüfung zur Wahrung der Menschen-, Umwelt- und Arbeitsrechte in den Minen und auf den Plantagen samt Sanktionsregime und Wiedergutmachungsregeln.
- Die Rückverfolgbarkeit von Rohstoffen, Produkten und Dienstleistungen entlang der gesamten Produktions- und Lieferkette.
- Das Verbot der Spekulation mit Nahrungsmitteln sowie des Land-Grabbing.
- Die Erweiterung bestehender internationaler Abkommen wie der Basler Konvention zur Entsorgung und zum Transport von Abfällen auf die Produktion und den Handel mit Rohstoffen.
- Eine globale Transaktionssteuer (Tobin-ähnliche Steuer) im Derivatehandel muss global, zumindest jedoch europaweit eingeführt werden, nach dem Muster der Handänderungssteuer: Je länger der Titel beim Besitzer verbleibt, umso tiefer der Steueransatz.

5.4 Für eine menschenwürdige Migrations- und Asylpolitik

Seit dem zweiten Weltkrieg mussten noch nie so viele Menschen vor Verfolgung, Krieg und Naturkatastrophen Schutz in einer anderen Gegend ihres Landes oder im Ausland suchen. Gleichzeitig hat die Schweiz laufend ihre Asylpolitik und die Aufnahmebedingungen für Migrantinnen und Migranten aus Ländern ausserhalb der Europäischen Union verschärft. Für die Grünen muss die Freiheit, sich irgendwo auf der Welt niederzulassen, ein Menschenrecht sein. Sie wehren sich gegen die restriktive, diskriminierende und manchmal unmenschliche Politik gegenüber Asylbewerberinnen und Asylbewerbern und setzen sich ein für eine offene Schweiz, die die Rechte der Migrantinnen und Migranten achtet. Die Armut, die viele Menschen zum Auswandern zwingt, ist nicht einfach so gegeben: Sie ist die Folge von Korruption, Rohstoffspekulation und Kapitalflucht – und die Schweiz trägt mit den Banken und den Multis in unserem Land dazu bei. Sie muss sich daher umso mehr für die internationale Solidarität einsetzen, die Hilfe vor Ort verstärken und jenen, die vor dem Elend fliehen oder Schutz suchen grosszügiger Aufnahme gewähren. Die

Grünen nehmen hier auch den Bundesrat in die Pflicht. Die versprochene Aufnahme von Flüchtlingskontingenten und die Einführung eines humanitären Visums stellt in der gegenwärtigen Form keinerlei Ersatz für das abgeschaffte Botschaftsasyl dar.

Was wir in der nächsten Legislatur erreichen wollen:

- Integration ist eine Querschnittsaufgabe, welche in den Regelstrukturen verankert werden muss und zum Ziel hat, den diskriminierungsfreien Zugang zu öffentlichen Leistungen für alle Menschen, Flüchtlinge, MigrantInnen und Ansässige, zu fördern.
- Automatische Einbürgerung der zweiten und der dritten Generation.
- Einhaltung der Grundsätze der Verhältnismässigkeit und des Non-Refoulements bei der Umsetzung der Ausschaffungs-Initiative.
- Die Verhinderung jeglicher weiterer Verschärfungen des Asylrechts.
- Die Weiterentwicklung des Dublin-Abkommens in dem Sinne, dass die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen als gemeinsame Aufgabe aller Mitgliedstaaten verstanden wird. Die Schweiz soll alle Möglichkeiten im Dublin-Abkommen ausschöpfen, um zu verhindern, dass schutzbedürftige Menschen in Länder zurückgeführt werden, die ihnen keine korrekte Übernahme gewährleisten.
- Eine einheitliche und kohärente Regelung der Finanzierung von interkulturellen ÜbersetzerInnen, welche das Verständnis zwischen ausländischen Personen sowie Fachkräften aus dem Gesundheitswesen, dem Sozialwesen und der Bildung fördern sollen.
- Grundrechte gelten auch für Sans-Papiers. Alle, die ohne legalen Status arbeiten müssen nach vier Jahren Aufenthalt nach Kategorien oder kollektiv regularisiert werden.
- Eine faire, den Grundrechten verpflichtete und effiziente Asylpolitik, welche einen würdigen Empfang, rasche Verfahren und einen unabhängigen Rechtsbeistand gewährleisten. Wer den Status eines Flüchtlings hat und nicht rückgeführt werden kann, soll eine Aufenthaltsbewilligung erhalten, insbesondere bei guter Integration und finanzieller Unabhängigkeit. Asylgründe wie die Wehrdienstverweigerung, die sexuelle Orientierung und der Klimawandel müssen stärker berücksichtigt werden – ganz besonders frauenspezifische Asylgründe. Die Schweiz soll Anfragen des UNHCR in Bezug auf Flüchtlingskontingente positiv beantworten.
- Die Wiedereinführung des Botschaftsverfahrens im Asylwesen.
- Der Staat kann abgewiesene Asylsuchende an NGOs vermitteln, für eine Zusammenarbeit und um ihre Rückkehr sinnvoll zu gestalten.
- Die Schweiz muss einen Aktionsplan vorlegen für die Umsetzung der Kinderrechtskonvention, vor allem im Asylbereich.
- Der unbeschränkte Familiennachzug muss gewährleistet sein.
- Die Schweiz muss den Frauen einen von ihren Ehemännern unabhängigen, selbstständigen Aufenthalt garantieren, insbesondere in Fällen von häuslicher Gewalt.
- Die Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger dürfen auf dem Arbeitsmarkt nicht diskriminiert werden.
- Die Schweiz setzt sich dafür ein, dass die Frontex-Agentur die Menschenrechte respektiert. Zudem soll sie die Meeres-Anliegerstaaten bei der Rettung und Aufnahme von Bootsflüchtlingen unterstützen.



IMPRESSUM
Grüne Partei der Schweiz
Waisenhausplatz 21
3011 Bern
Tel 031-312 66 60
Fax 031-312 66 62
www.gruene.ch
gruene@gruene.ch
PC 80-26747-3
Wahlplattform 2015